



Presseerklärung des Sicherheitsrats zur Situation in der Republik Niger

NEW YORK, 28. Juli 2023 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten mit Nachdruck den am 26. Juli 2023 unternommenen Versuch, die rechtmäßige Regierung der Republik Niger auf verfassungswidrige Weise auszuwechseln.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten, dass der demokratisch gewählte Präsident der Republik, S. E. Herr Mohammed Bazoum, sofort und bedingungslos freigelassen wird, und betonten, dass er, seine Familie und die Mitglieder seiner Regierung geschützt werden müssen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre Besorgnis über die nachteiligen Auswirkungen verfassungswidriger Regierungswechsel in der Region, die Zunahme terroristischer Aktivitäten und die katastrophale sozioökonomische Lage. Sie betonten ihr Bedauern über die Entwicklungen in Niger, die die Bemühungen um die Konsolidierung der Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen und des Friedens in diesem Land untergraben.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre Unterstützung für die Bemühungen der Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten (ECOWAS), der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen und begrüßten deren Erklärungen, in denen sie erneut jede verfassungswidrige Machtergreifung ablehnten und die Beteiligten aufforderten, Gewalthandlungen zu unterlassen, die Macht zurückzugeben und in ihre Kasernen zurückzukehren. Sie unterstrichen, dass die verfassungsmäßige Ordnung in Niger dringend wiederhergestellt werden muss, im Einklang mit dem Protokoll der ECOWAS betreffend Demokratie und gute Regierungsführung, und bekundeten ihre Unterstützung für Vermittlungs Bemühungen auf regionaler und kontinentaler Ebene.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihre Unterstützung für die Bemühungen der ECOWAS und der Afrikanischen Union, den Trend hin zu verfassungswidrigen Regierungswechseln durch die Stärkung der bestehenden staatlichen Strukturen und normativen Rahmen umzukehren.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre Solidarität mit dem nigrischen Volk und unterstrichen, wie wichtig der Schutz der Bevölkerung und die Fortführung der humanitären Hilfe sind.

23-14824 (G)

